



Antrag

der Abgeordneten **Prof. Dr. Ingo Hahn, Ralf Stadler, Martin Böhm, Katrin Ebner-Steiner, Richard Graupner, Uli Henkel, Christian Kligen, Christoph Maier, Roland Magerl, Ferdinand Mang, Gerd Mannes, Ulrich Singer, Andreas Winhart** und **Fraktion (AfD)**

Fördersackgasse Elektromobilität beenden – Technologieoffenheit zum Schutz der Umwelt wiederherstellen

Der Landtag wolle beschließen:

Die Staatsregierung wird aufgefordert,

1. auf allen Ebenen darauf hinzuwirken, dass der starke Fokus auf die Subventionierung der Elektromobilität zugunsten einer ausgewogeneren, breitgefächerten Förderung alternativer Antriebs- und Kraftstofftechnologien eingestellt wird,
2. einen Maßnahmenplan zu erstellen, in dem die lokalen Gegebenheiten zur Ressourcenschöpfung evaluiert werden. Darunter fallen insbesondere ökologische und ökonomische Potenzialanalysen von „E-Fuels“, „Salzbatterien“ und „Care-Diesel“.

Begründung:

Bayern braucht keine undurchdachte „grüne Verkehrswende“, sondern vielmehr eine langfristige Mobilitätsgarantie für alle Bürger. Dazu zählt die Aufrechterhaltung einer bewährten Infrastruktur, beruhend auf einem funktionstüchtigen Tankstellennetz mitsamt der dazugehörigen Kraftstofflogistik. Nur mit Technologien, die die weitere Nutzung des Verbrennungsmotors miteinbeziehen, kann das Ziel einer technologischen Weiterentwicklung in der Automobilbranche nutzbringend für die Gesellschaft umgesetzt werden.

Die einseitige Fokussierung auf Elektromobilität hingegen macht das Automobil der Zukunft für die breite Masse der Bevölkerung nicht nur zu einem Luxusgut, sondern gefährdet zudem die Stabilität unserer Infrastruktur, unseren Wohlstand und birgt zudem erhebliche Umweltrisiken hinsichtlich Rohstoffgewinnung¹ und Entsorgung². Hinsichtlich der ökologischen Tragfähigkeit von Batterieantrieben ist anzumerken, dass mit der Elektromobilität eine globale Verlagerung von Produktionskapazitäten ins Ausland³ einhergeht, die nicht nur den Standort Deutschland und damit Bayern schwächt, sondern zeitgleich Natur- und Umweltzerstörung in fernen Ländern billigend in Kauf nimmt.

Eine Umweltbilanzierung, die einzig auf Deutschland Bezug nimmt und die globale Verschiebung von Produktionskapazitäten und ihren Folgen außer Acht lässt, wird die gravierenden Umweltprobleme nicht lösen, sondern allenfalls verlagern.

Nur eine Technologieförderung, die den deutschen Gegebenheiten und Ressourcen langfristig Rechnung trägt, kann – von wirtschaftlichen Aspekten abgesehen – als verhältnismäßig und im Sinne des Umweltschutzes gelten.

¹ <https://www.zdf.de/nachrichten/heute/scheinbar-saubere-elektromobilitaet-100.html>

² <https://tirol.orf.at/stories/3021270/>

³ <https://www.tagesschau.de/wirtschaft/akku-hersteller-china-101.html>